

Verband Haus – und Wohneigentum, Siedlerbund Berlin-Brandenburg e.V.

Wie steht Ihre Partei zu folgenden Fragen:

- 1. Rückkehr zur unkomplizierten Sprengwasserpauschale und Abschaffung der bürokratischen Wasserabrechnung sowie dem kostenintensiven verpflichtenden Kauf und der Installation von Sprengwasserzählern und den durch Eichfristen regelmäßigen Austausch selbiger.**

Die rot-rote Landesregierung änderte im Jahr 2005 das Berliner Wassergesetz. In Anpassung an bundesgesetzliche Regelungen standen vorrangig ökologische Zielstellungen im Vordergrund. Durch die Gesetzesänderungen konnten die Berliner Wasserbetriebe neue Abrechnungsverfahren einführen. Hierbei wurden die verschiedenen Verbrauchsarten für Wasser stärker berücksichtigt. Der Berliner SPD ist Ihre Kritik am Abrechnungsverfahren bekannt und wir unterstützen die Initiative für ein unbürokratisches, kundenfreundliches Verfahren, welches neue ökologische Kriterien angemessen berücksichtigt.

- 2. Wie ist die Haltung Ihrer Partei zum Berliner Straßenausbaubeitragsgesetz? Unsere Forderung ist eine drastische Vereinfachung des Gesetzes verbunden mit einer Kostenreduzierung für Anlieger?**

In allen alten und neuen Bundesländern außer in Baden-Württemberg werden Straßenausbaubeiträge erhoben. Diese Gesetze decken sich im Wesentlichen mit dem Berliner Straßenausbaubeitragsgesetz und zeigen, dass sich auch das Berliner Gesetz in der Praxis bewährt, und zwar ohne dass die politisch zitierte „Abzocke“ stattfindet. Dies ist das Ergebnis der wissenschaftlichen Anhörung im Bau-Ausschuss. Die Anhörungen haben Berlin das modernste und im Umgang mit der Bürgerbeteiligung aktivste Gesetz bescheinigt. Die Bezirksverordnetenversammlungen entscheiden, ob gebaut wird oder nicht und in welcher Variante. 2008 wurden bereits Anpassungen als Ergebnis einer praxisnahen Evaluation durchgeführt.

In der nächsten Legislatur werden wir wieder dieses Gesetz evaluieren und gegebenenfalls anpassen. Besonders kritisch zu betrachten sind die uneinheitliche Ausführung des Gesetzes in den Bezirken sowie der Umgang mit diesen. Aufgrund der entstandenen Verunsicherung bei einigen Maßnahmen in den Bezirken könnte eine einheitlichere Regelung zu vermehrter Akzeptanz und zur Vereinfachung des bürokratischen Aufwandes führen. Weiterhin wird man die Abgrenzung von Ausbau und Instandhaltung stärker betonen müssen, da hier die Verunsicherung ebenfalls groß ist. Eine Abwägung zwischen Gemeinwohl und der Zumutbarkeit der persönlichen Belastung ist ebenso entscheidend. Kein Gesetz ist so gut, dass man es nicht evaluieren sollte und gegebenenfalls anpassen sollte. Aber Politik und Politikvermittlung sind gerade dann erfolgreich, wenn man sich die Zeit nimmt und klug und rechtssicher verlässlich arbeitet.

- 3. Verabschiedung eines Moratoriums und einer Härtefallregelung in Berlin bezüglich des Auslaufens der Schutzfrist des Schuldrechtanpassungsgesetzes am 03.10.2015. Unser Verband setzt sich dafür ein, dass alle Rentner zu diesem Zeitpunkt ihr gepachtetes Grundstück auf Lebenszeit weiter nutzen können. Auf jegliche Kündigung für diesen Personenkreis verzichtet das Land Berlin auf den landeseigenen Grundstücken.**

Bei dem Schuldrechtanpassungsgesetz handelt es sich um Bundesrecht. Der Senat hat sich im Jahr 2002 auf Initiative des Berliner Abgeordnetenhauses im Bundesrat dafür eingesetzt, unangemessene Belastungen der Grundstücksnutzer zu vermeiden. Der Antrag fand im Bundesrat keine Mehrheit. In Berlin strebt die SPD eine sozial verträgliche Regelung für die Nutzer landeseigener Grundstücke an.

- 4. Welches Angebot entwickelt Ihre Partei, um den Erbbauberechtigten auf landeseigenen Grundstücken eine sozialverträgliche Möglichkeit des Erwerbes zu geben?**

Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, die Vorgaben für den Verkauf von landeseigenen Gebäuden durch den Liegenschaftsfonds um wohnungspolitische Kriterien zu erweitern. Die Neuorientierung der Berliner Liegenschaftspolitik, beschlossen in 2010, orientiert sich an einer sozialen Stadtentwicklung, die vielfältige Anforderungen und Kriterien berücksichtigt. Landeseigene Grundstücke, die mit Erbbaurechten belegt sind, können schon jetzt zu angemessenen Konditionen in Verhandlung mit dem Liegenschaftsfonds erworben werden. Aufgrund der derzeitigen Zinskonditionen ergeben sich hier Spielräume für sozialverträglichen Erwerb.

- 5. Welche Möglichkeiten kann die Politik schaffen, dass unter Beachtung des demografischen Wandels der Bevölkerung, auch Familien mit geringem Einkommen bzw. für diejenigen, die nicht mehr im Berufsleben stehen, eine alters- und ökologisch gerechte Sanierung ihres Eigenheims finanzierbar bleibt?**

Der Klimaschutz und die notwendige energetische Sanierung der Wohnungsbestände stellen eine neue Herausforderung dar. Die Berliner SPD setzt sich für ein sozial verträgliches Klimaschutzgesetz ein, in dem die landesrechtlichen Gestaltungsspielräume für eine Umsetzung der Klimaschutzziele genutzt werden. Durch ein Stufenmodell über 2020 hinaus sollen insbesondere im Gebäudebereich langfristige Planungs- und Investitionssicherheit geschaffen werden.

Um für zukünftige Sanierungen noch bessere Entscheidungsgrundlagen zu schaffen, sollen in einem Modellprojekt die verschiedensten Klimaschutz- und Energieeffizienzmaßnahmen auf ihre Kosten und Wirksamkeit überprüft werden. Die Berliner SPD will so den Eigentümern die Möglichkeit geben, sich vorab über mögliche Maßnahmen und deren Auswirkungen zu informieren.

Außerdem müssen die in Berlin verlangten Preise für Strom und Gas überprüft werden. Wir wollen den Einfluss der großen Energieversorger zurückdrängen. Die Energienetze gehören in kommunale Hand, auch in Berlin.

Die SPD plädiert darüber hinaus für den Ausbau der IBB-Programme zur energetischen Sanierung. Die IBB bietet mit ihrem Programm „Energetische Gebäudesanierung“ günstige Kredite an, die sehr gut genutzt werden. Es können damit mit geringen Förderungen große Investitionen erreicht werden. Deshalb will die SPD diese Programme aufstocken und damit wichtige Anreize für energetische Sanierungsmaßnahmen schaffen.

Für den altersgerechten Umbau selbstgenutzten Wohneigentums steht zudem ein Förderprogramm der KfW zur Verfügung.

6. Welche Lösungsvorschläge hat Ihre Partei die Probleme, die durch das Schichtenwasser verursacht werden, insbesondere in Siedlungsgebieten im Norden und Süden Berlins, unter der Sichtweise der ökologischen Renaturierung ehemalige Entwässerungsgräben und Drainagen zu reaktivieren.

Die Drainageschächte im öffentlichen Straßenland werden jährlich auf Verkehrssicherheit und Funktionsfähigkeit überprüft und die dabei festgestellten Schäden unverzüglich beseitigt. Zur Aufrechterhaltung der Funktion der Drainageleitungen werden bei Havarien jeweils kurzfristig Reparaturen durchgeführt. Das Drainagesystem ist jedoch auf lange Sicht keine naturverträgliche Lösung. Perspektivisch gesehen ist die einzige akzeptable Lösung die Entwässerung über ein Regenwasserkanalsystem. Weiterhin gehört ein ökologisch sinnvolles Grundwassermanagement zu einer pragmatischen Lösung des Problems.

Aktuell erfolgt der Einbau von Regenkanälen nur im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen mit vorwiegend infrastrukturellen, wirtschaftsfördernden und wohnumfeldverbessernden Prämissen. Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, dass diese Probleme im Rahmen der Investitionsmaßnahmen zur Instandhaltung des Wasserversorgungssystems mit berücksichtigt werden müssen.